

**DEPARTEMENT  
GESUNDHEIT UND SOZIALES**

**EANHÖRUNG: IHRE STELLUNGNAHME**

*Dieses Dokument zeigt Ihnen Ihre notierten Angaben aus dem Online-Fragebogen. Es wird automatisch generiert.*

---

**Details**

Name der eAnhörung	Gesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz im Kanton Aargau
PDF-Dokument generiert am	04.02.2022 02:25
Stellungnahme von:	GrüneAargau

## **FRAGEBOGEN ZUR ANHÖRUNG**

### **Gesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz im Kanton Aargau (BZG-AG); Änderung**

#### **Anhörungsdauer**

Die Anhörung dauert vom 8. Oktober 2021 bis 4. Februar 2022.

#### **Inhalt**

Nach der Totalrevision des Bundesgesetzes über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (BZG) vom 20. Dezember 2019 (SR 520.1) resultiert ein Anpassungs- und Klärungsbedarf für die kantonale Gesetzgebung. Das Gesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz im Kanton Aargau (BZG-AG) vom 4. Juli 2006 (SAR 515.200) soll angepasst und gleichzeitig weiterentwickelt werden.

Die vollständigen Unterlagen zur Vorlage und zur Anhörung sind zu finden unter [www.ag.ch/anhörungen](http://www.ag.ch/anhörungen).

#### **Auskunftsperson**

Bei inhaltlichen Fragen zur Anhörung können Sie sich an die folgende Stelle wenden:

#### **KANTON AARGAU**

Departement Gesundheit und Soziales  
Abteilung Militär und Bevölkerungsschutz  
Lia Reiser  
Projektleiterin Revision BZG-AG  
062 835 31 35  
[politischegeschaefte.amb@ag.ch](mailto:politischegeschaefte.amb@ag.ch)

## Angaben zur Ihrer Stellungnahme

### Sie nehmen an dieser Anhörung im Namen einer Organisation teil.

Wenn Ihnen unten bereits Daten angezeigt werden, sind Ihre Angaben bereits hinterlegt. Sie können die Daten bei Bedarf überschreiben und so die Angaben korrigieren. Wichtig: Wenn Sie bspw. die E-Mail-Adresse ändern, wird fortan die neue von Ihnen notierte E-Mail-Adresse für den E-Mail-Versand für eine Anhörungseinladung verwendet!

Wenn Ihnen noch keine Angaben angezeigt werden, geben Sie bitte unten Ihre entsprechenden Kontaktdaten ein. Die notierten Angaben werden hinterlegt und Ihnen in weiteren Teilnahmen an eAnhörungen automatisch angezeigt.

### Adressblock - Ihre Angaben

Name der Organisation	GrüneAargau
E-Mail	info@grueneaargau.ch

### Zuständige Person bei inhaltlichen Rückfragen

*Bitte notieren*

Vorname	Maurus
Nachname	Kaufmann
E-Mail	maurus.kaufmann@grossrat.ag.ch

## Fragen zur Anhörungsvorlage

### Frage 1: Obligatorische Sicherheitsveranstaltung Bevölkerungsschutz

Die Partner im Bevölkerungsschutz sollen jährlich eine Sicherheitsveranstaltung für die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons durchführen (vgl. Kapitel 3.1 im Anhörungsbericht). Veranstaltungen auf freiwilliger Basis vermögen das Zielpublikum nur in sehr bescheidenem Umfang zu erreichen. Um die Organisationen im Bevölkerungsschutz besser alimentieren zu können, muss die Teilnahme an der Sicherheitsveranstaltung obligatorisch sein. Sie soll dezentral durch die Bevölkerungsschutzregionen durchgeführt werden. Dabei kann der Kanton die Bevölkerungsschutzorganisationen unterstützen. Die Kosten fallen damit schwergewichtig bei den Bevölkerungsschutzregionen, zu einem kleineren Teil beim Kanton an. Zur Durchsetzung des Obligatoriums ist für die verschuldete Nichtteilnahme an der Sicherheitsveranstaltung eine Sanktion vorgesehen. Die Sicherheitsveranstaltung fällt nicht in den Geltungsbereich des Erwerbssersatzgesetzes; eine finanzielle Entschädigung der Teilnahme ist nicht vorgesehen.

**Sind Sie mit der obligatorischen Teilnahme der Einwohnerinnen und Einwohnern an einer regional durchgeführten Sicherheitsveranstaltung (neuer § 18a BZG-AG) einverstanden?**

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

### **Bemerkungen zur Frage 1**

Die Grünen lehnen eine obligatorische Sicherheitsveranstaltung entschieden ab. Im gesellschaftlichen Zusammenleben gibt es verschiedenste Bereiche, die auf Freiwilligenarbeit angewiesen sind und in denen die Freiwilligenarbeit einen grossen gesellschaftlichen Nutzen generiert (Care-Arbeit, Engagement im Kultur-, Umwelt-, Sportbereich, ...). Vonseiten Kanton beim freiwilligen Engagement nun einen derart einseitigen Fokus auf den Sicherheitsbereich zu legen, ist unausgewogen und inadäquat.

Anstelle des Versuchs, mit obligatorischen Sicherheitsveranstaltungen den Bestand hoch zu halten, sollten aus unserer Sicht eher die Strukturen überdacht und angepasst sowie die Zahlen der Soll-Bestände nach unten korrigiert werden.

Allenfalls könnte die Attraktivität des Bevölkerungsschutzes für Freiwillige auch gesteigert werden, indem Ausbildungszertifikate erlangt werden können, die im täglichen Leben weiteren Nutzen mit sich bringen.

Sollte in der Botschaft trotzdem an der obligatorischen Sicherheitsveranstaltung festgehalten werden, bitten wir um Ausführungen, aufgrund welcher Abwägungen die Bussenobergrenze auf 500 Fr. festgelegt werden soll. Ausserdem sollte im Gesetz eine finanzielle Entschädigung für die Teilnahme verankert werden. Ferner sollte für den Fall, dass in gewissen Regionen kein Bedarf an

zusätzlichen Freiwilligen besteht, der Gesetzestext derart formuliert werden, dass es den Regionen freisteht, auf die Durchführung zu verzichten (und folglich entfielen auch die Teilnahmepflicht der 23-Jährigen in dieser Region). Zudem fänden wir in der Botschaft Erläuterungen zum Potential von Massnahmen nach Art. 35 und 36 BZG sowie der Wahrscheinlichkeit einer Erhöhung der Dienstpflichtdauer auf 14 Jahre gemäss Art. 31 Abs. 7 lit. a BZG relevant.

## Frage 2: Alarmierung und Telematik

Das neue Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz des Bundes trifft Regeln über die einzelnen Telematiksysteme von Bund und Kantonen. Konkret geht es um das mobile Sicherheitsfunksystem, das nationale sichere Datenverbundsystem, das zukünftige mobile breitbandige Sicherheitskommunikationssystem und das zukünftige nationale Lageverbundsystem. Der Bund ist zuständig für die zentralen Komponenten. Die Kantone sind zuständig für die dezentralen Komponenten dieser Systeme. Es sind kantonale Regelungen zum Einbezug der Partner des Bevölkerungsschutzes nötig (vgl. Kapitel 3.2 Anhörungsbericht).

**Sind Sie mit der Einbindung der Partner im Bevölkerungsschutz und der Betreiber der Kritischen Infrastrukturen in die Telematiksysteme des Bevölkerungsschutzes (§ 11a BZG-AG) einverstanden?**

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

## Bemerkungen zur Frage 2

### Frage 3: Führung

Die Rolle der Regionalen Führungsorgane (RFO) soll präzisiert werden. Zur Klärung der erwarteten Leistungen und Aufgaben erhalten die RFO kombinierte Leistungsaufträge. Die Leistungsaufträge stammen von der regionalen Stufe, also den Bevölkerungsschutzregionen, sowie von der kantonalen Koordinationsstelle für Bevölkerungsschutz. Damit können regionale Bedürfnisse und kantonale Vorgaben koordiniert, transparent gemacht und verpflichtend festgelegt werden.

**Sind Sie mit der Erteilung kombinierter Leistungsaufträge durch die Bevölkerungsschutzregionen und durch den Kanton an die Regionalen Führungsorgane (§ 10 Abs. 2<sup>bis</sup> BZG-AG) einverstanden?**

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

### **Bemerkungen zur Frage 3**

### **Frage 4: ABC**

Der Schutz vor ABC-Ereignissen (atomar, biologisch, chemisch) ist eine zentrale Aufgabe des Bevölkerungsschutzes. Die Rollenverteilung zwischen den involvierten Partnerorganisationen im Bevölkerungsschutz ist nicht abschliessend geklärt. Auch darum fehlt es an konzeptionellen Grundlagen für den ABC-Schutz. Der ABC-Schutz soll neu als Aufgabe explizit im BZG-AG verankert werden. Damit können die Expertisen der verschiedenen Partner optimal genutzt und die bestehende Regelungslücke geschlossen werden. Die weitere Umsetzung wird der Regierungsrat auf der Verordnungsebene vornehmen.

**Sind Sie mit einer Regelung des ABC-Schutzes durch den Regierungsrat (§ 3 Abs. 2 lit. c<sup>bis</sup> BZG-AG) einverstanden?**

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

### **Bemerkungen zur Frage 4**

### Frage 5: Ausbildung

Mit dem neuen BZG eröffnet der Bund neue Rahmenbedingungen für die Dauer der Ausbildungen im Zivilschutz. Die Anpassungen betreffen die Grundausbildung, die Kaderausbildung, die Zusatzausbildung und die Weiterbildung. Neu schreibt der Bund einen praktischen Dienst für alle Milizkader vor. Im BZG-AG wird die Dauer der Ausbildung für den Kanton innerhalb der bundesrechtlichen Rahmenbedingungen spezifiziert (vgl. Kapitel 3.5 des Anhörungsberichts).

**Sind Sie mit einer Festlegung der Grundausbildung auf einen kantonalen Rahmen von 12 bis 16 Tagen, der Kaderausbildung auf maximal 15 Tage, der Zusatzausbildung auf maximal 19 Tage, der Weiterbildung auf maximal 5 Tage und der Wiederholungskurse auf in der Regel 10 Tage pro Jahr (§§ 24, 24a und 25 BZG-AG) einverstanden?**

*Bitte wählen Sie eine Antwort zur Dauer aus:*

	zu lange	angemessen	zu kurz	Keine Angabe
Grundausbildung	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Kaderausbildung	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Wiederholungskurse	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

### Bemerkungen zur Frage 5

Die Dauer der Wiederholungskurse in der Regel auf 10 Tage festzulegen, erscheint im Verhältnis zur Dauer der Grundausbildung (12 bis 16 Tage) als zu lange.

Die flexible Regelung für das KKE gemäss Abs. 1bis begrüßen wir.

Abs. 5 von §24a würde thematisch besser zu §24 passen (Grundausbildung).

### Frage 6: Verwaltung der Ersatzbeiträge

Gemäss den geltenden kantonalen Rechtsgrundlagen werden die Ersatzbeiträge von der zuständigen kantonalen Stelle verwaltet und verfügt. Es gibt einen kantonalen Fonds für Ersatzbeiträge. Daneben haben die meisten Gemeinden noch eigene Fonds. Die Gemeindefonds werden seit 2012 nicht mehr weiter geäufnet. In den kommenden Jahren werden die Bestände der Gemeindefonds voraussichtlich stark sinken. Bei der Verwendung der Spezialfinanzierung sind sowohl der Kanton als auch die Gemeinden durch die Zweckbindung eingeschränkt. Die Ersatzbeiträge dürfen nur für den Zivilschutz verwendet werden. Die Beiträge müssen für jede einzelne Verwendung durch den Kanton freigegeben werden. Die noch bestehenden Gemeindefonds sollen auf den Kanton übertragen werden (vgl. Kapitel 3.6 des Anhörungsberichts). Die Gemeinden werden von der Verwaltung der Fonds entlastet, die Freigabe zur Verwendung von Ersatzbeiträgen wird vereinfacht. An der Verwendung der Ersatzbeiträge für den Zivilschutz ändert sich nichts. Die Übergangszeit beträgt vier Jahre.

**Sind Sie mit einer ausschliesslichen Verwaltung der Ersatzbeiträge durch den Kanton (§ 35 BZG-AG) einverstanden?**

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

#### **Bemerkungen zur Frage 6**

Die Vorteile einer ausschliesslichen Verwaltung durch den Kanton überwiegen klar. Daher ist aufgrund der Erläuterungen im Anhörungsbericht nicht nachvollziehbar, weshalb für die Übertragung der Ersatzbeiträge eine derart lange Frist bis Ende 2028 vorgeschlagen wird. Es sollte eine kürzere Frist festgelegt werden.

#### **Frage 7: Schutz kritischer Infrastrukturen**

Der Kanton Aargau muss die Querschnittsaufgabe kritische Infrastrukturen auf seiner Stufe bearbeiten können. Es soll eine Zentralstelle für den Schutz kritischer Infrastrukturen bezeichnet und die kantonalen kritischen Infrastrukturen sollen inventarisiert werden (vgl. Kapitel 3.7 des Anhörungsberichts). Letztlich geht es dabei um die Schaffung von Rechtsgrundlagen für die Zusammenarbeit kantonalen Stellen mit den privaten Betreibern von kritischen Infrastrukturen.

#### **Sind Sie mit der Schaffung einer Zentralstelle und der Inventarisierung kantonalen kritischer Infrastrukturen (§ 44a BZG-AG) einverstanden?**

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

#### **Bemerkungen zur Frage 7**



Auf der nachfolgenden Seite erhalten Sie Gelegenheit, Schlussbemerkungen zur vorliegenden Anhörung zu notieren.

Bitte beachten Sie: Ihre Stellungnahme wird erst eingereicht, wenn Sie anschliessend auf den Button "Antworten abschicken" klicken! Vorher wird Ihre Stellungnahme nicht übermittelt.

## Schlussbemerkungen